

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

27. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.
monatlich 20 Pf. ohne Postgebühren

Köln, den 1. August 1931

Er scheint vierteljährlich Samstag
Einzelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 16

Volk und Wirtschaft in Not

Die schicksalsschweren, bitter ernsten Wochen, die das deutsche Volk durchleben muß, erfuhren durch die letzten Ereignisse eine weitere Verschärfung. Die politische und finanzielle Lage Deutschlands wurde noch verworrener und unsicherer — eine allgemeine Katastrophenstimmung griff um sich.

Der Hoover-Plan, von vielen mit überschwänglichen Hoffnungen begrüßt, brachte die erwarteten sofortigen Wirkungen zunächst nicht. Durch Frankreichs Wintertage wurde die Annahme des Planes um 14 Tage hinausgeschoben. Dieser Aufschub genügte aber, der deutschen Wirtschaft erneut heftige Stöße zu verfehlen. Es folgten neue und verstärkte Devisenabflüsse, weil das Ausland den Rest der kurzfristig gegebenen Kredite auch noch zurückzog. Diese Maßnahme wurde durch Frankreich und ihm nahestehende Bankgruppen gefördert. Was den Franzosen auf politischem Wege nicht gelungen war, wollten sie nun auf dem Umweg über die Wirtschaft erreichen. Deutschland sollte durch wirtschaftlichen Druck zur Annahme der „politischen Garantien“ gezwungen werden, die Frankreich in verbodendem Siegerstolz und nationaler Rivalität vorschrieb. Die Verhandlungen der Siebenmächte-Konferenz in London führten ebenfalls nur zu einer mageren Teillösung, — weil Frankreich sich der endgültigen Betreibung Europas immer noch widersetzt. Die Weltmeinung wird sich aber wahrscheinlich auf die Dauer nicht von Paris bewandern lassen — würde doch letzten Endes ein wirtschaftlicher Zusammenbruch Deutschlands auch eine allgemeine Weltwirtschaftskatastrophe unweigerlich nach sich ziehen.

Die politische Einsichtslosigkeit unserer westlichen Nachbarn war aber nicht allein schuld an der Verschärfung der Krise in Deutschland. Auch unter unsern eigenen deutschen Volksgenossen gibt es leider allzuvielen, die aus der Volksnot und dem allgemeinen Wirrwarr ihren besonderen Nutzen zu schöpfen suchen. Die öffentlichen und privaten Verschuldungen hätten wohl kaum diese Katastrophe herbeiführen können, wenn nicht eine Kapitalflucht der größten Ausmaße hinzugekommen wäre.

Wer verleiht Kapitalien? Der Arbeiter bestimmt nicht, der hat kein Geld für die nötigsten Anschaffungen, geschweige denn Kapitalien, um sie zinslos im Ausland anzulegen. Aber die deutschen Großbürger und Kapitalisten schlechthin, die sich um deutsche Volksinteressen den Deibel scheren — wenn sie auch furchtbar die Waden blähen und in „nationaler Würde“ machen — diese Kreise schenken dem Auslande größeres Vertrauen, als ihrem eigenen Vaterland. Nicht erst seit heute und gestern. Vielleicht handeln sie dabei zum Teil aus der Erkenntnis, daß bei ihren Methoden der Wirtschaftsführung allerding eine Gefundung der deutschen Verhältnisse zur Unmöglichkeit wird.

Diese Kapitalflucht ist durch gesetzliche Maßnahmen gar nicht so einfach zu unterbinden. Trotzdem hätte natürlich der jetzt durch Notverordnung gemachte Versuch schon sehr viel früher erfolgen müssen. Die Kapitalverschlebung geht ja nicht in der Form vor sich, daß einfach Koffer und Taschen voll deutscher Banknoten über die Grenze geschleppt werden. D nein, man läßt die Gewinne einfach gar nicht mehr herein. Es werden im Auslande Wertpapiere erworben, es werden im Auslande Finanzierungsgesellschaften und Gesellschaften zur Vermögensverwaltung gegründet. (Holdingsgesellschaften.) So bleiben die Gewinne hübsch draußen, und man kann noch allerlei an Steuern „einsparen“.

Bevorzugt werden für die Kapitalflucht Holland, die Schweiz, Liechtenstein und Luxemburg. In der Schweiz gab es 1920 im ganzen 27 Holdingsgesellschaften (Selbstverwaltungsinstitute) mit einem Kapital von 77 Millionen Franken. Ende 1930 waren es 1200 Gesellschaften mit einem Kapital von 2,8 Milliarden Franken. Auch im Fürstentum Liechtenstein geben sich die deutschen Kapitalflüchtigen ein Rendezvous. Von 579 Holdingsgesellschaften mit circa 400 Millionen Stammkapital waren 400 deutsche Gründungen. Die meisten Gründungen finden zur Zeit in Luxemburg statt, das die Schweiz und Liechtenstein in

Gründungsstufen unterbietet. So vollzieht sich die deutsche Kapitalflucht, die in den letzten 3 Jahren nach zuverlässiger Schätzung zirka 6 Milliarden betragen hat.

Die Ursachen der gegenwärtigen Krise sind also durch außenpolitische Ereignisse und das sture Verhalten Frankreichs bedingt. Es muß aber auch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die innenpolitischen Vorgänge wesentlich zur Verschärfung und katastrophalen Zuspitzung der Lage beitragen. Und daß vor allem auf privatrechtlichem Gebiet die wesentlichen und tiefsten Ursachen der heutigen Schwierigkeiten liegen. Der Leichtsinn und die Fehler vieler deutscher Großunternehmer rächen sich bitter. Das Reich hatte durch die Notverordnung vom 5. Juni sein Haus rücksichtslos in Ordnung gebracht. Die Schwierigkeiten begannen mit dem Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt, dem dann die Riesenpleite des Nordwoll-Konzerns und die Zahlungsschwierigkeiten der Danat-Bank folgten.

Daß der Zusammenbruch der Darmstädter und Nationalbank auf die 15 Millionen deutscher Sparer nach den üblichen Erfahrungen in der Inflationszeit ungünstig wirken mußte, ist nicht weiter verwunderlich. Leider verloren auch viele kleine Sparer die Nerven. In Wirklichkeit erleben wir das gerade Gegenteil von Inflation. Inflation kann nur dann entstehen, wenn der Staat Ausgaben macht, die er mit Steuereinnahmen nicht decken kann, und zu deren Deckung er auch keine Anleihen erhält. Er läßt dann zu u f ä h l i c h e Noten herstellen, und bringt sie ohne Deckung in den Verkehr. Diese Noten erzeugen Inflation, d. h. sie entwerten die vorhandenen Werte. Die bisher ergangenen Notverordnungen beweisen aber, daß der Staat keine Ausgaben macht, wofür er nicht Deckung hat.

Trotz all dieser Vorgänge und offensichtlichen Fehler der deutschen Wirtschaftsführung versuchen die Unternehmer immer noch, die Schuld an der Krise der gewerkschaftlichen Lohnpolitik zuzuschreiben. Freiheit der Wirtschaft, besonders frei von Zinsen und Lohnbedingungen, ist auch heute noch das vielgeliebte Allheilmittel der deutschen Unternehmer. Von einer freien Preiswirtschaft, von Lockerung der Kartelle und Syndikate wollen dieselben Kreise aber nichts wissen. Sie lehnen jeden Eingriff des Staates in die Wirtschaft ab — hatten es aber im selben Atemzuge für selbstverständlich, daß der Staat durch Subventionen die Industrie stützt, oder jetzt beim Nordwolle- und Danatkrach helfend eingreift. Wertwürdige Logik!

Notwendig wären in der gegenwärtigen Zeit vor allem Ruhe, Besonnenheit und Einigkeit in Deutschland. Der Kampf um Deutschlands Zukunft wird nur dann zu einem günstigen Ergebnis führen, wenn alle Kreise mithelfen und mitopfern. Deshalb ist eine gründliche Umkehr auch von den Formen des innerpolitischen Kampfes nötig. Schlagring und Schießelken sind keine politischen Überzeugungsmittel!

Es gilt deshalb, die Ruhe zu bewahren! Im besonderen die Arbeiterschaft darf sich nicht von politischen Hehern zu Unbesonnenheiten verleiten lassen. Mehr als je gewinnt deshalb die gewerkschaftliche Disziplin und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft an Bedeutung für die Gesamtentwicklung der Dinge. Ruhige und besonnene Gewerkschaftspolitik war immer noch die beste Gewähr für die Sicherung und Erhaltung der öffentlichen Ordnung. Darauf kommt es heute mehr denn je an.

Das deutsche Volk will Arbeit und Brot, es will in Ruhe und Frieden mit seinen Nachbarn leben. Da kann es Störungen durch innerpolitische, dilettantenhafte Strebertum und radikale Heher nicht brauchen. Es kann auch einseitig auf Eigennutz eingestellte Wirtschaftsführung und Vorherrschaft der Banken nicht brauchen. Also muß hier der Staat regulierend eingreifen. Hoffentlich zwingt die Erkenntnis der letzten Wochen zu durchgreifenden Taten.

Die Arbeiterschaft aber möge immer bedenken, daß für sie jetzt alles auf dem Spiele steht! Trotzdem sie schon

die denkbar größten Opfer gebracht hat, kann sie noch sehr vieles verlieren! Denken wir immer daran und sorgen wir dafür, daß die bisherigen Opfer nicht vergeblich gebracht wurden. Ohne Organisation würde die deutsche Arbeiterschaft zerrieben und zermalmt — sie würde zum Null erniedrigt werden. Darum heißt es gerade jetzt, allergrößte, vermehrte gewerkschaftliche Aktivität entfalten, in besonderer Treue zum Vaterland stehen und wachend für seine finanzielle und zahlenmäßige Stärkung eintreten. Je stärker unser Graphischer Zentralverband an Mitgliedern wird, je mehr wir seine finanzielle Schlagkraft unterbauen, um so größer sind die Aussichten, die Existenzhöhe der graphischen Arbeiterschaft zu halten, und in einer hoffentlich bald kommenden Aufbauperiode sichern und steigern zu können.

Daher gilt mehr denn je die Parole:

Nerven behalten und die Geschlossenheit in der gewerkschaftlichen Organisation wahren und vermehren.

Bedeutung Kundgebung der christlichen Gewerkschaften

Der Hauptortsausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands beschloß in seiner Sitzung am 28. Juli in Berlin folgende Kundgebung:

Die Verhandlungen der Staatsmänner haben gezeigt, daß das deutsche Volk und seine Wirtschaft hauptsächlich auf sich selbst angewiesen sind. Wir können und müssen deshalb schleunigst alle Mittel ergreifen, um mit den uns noch zur Verfügung stehenden Zahlungsmitteln auszukommen, und die deutsche Wirtschaft und die staatliche Ordnung zu erhalten. Dazu ist notwendig, daß:

1. die Bemühungen, über das Reparationsjahr hinaus zu weiteren außenpolitischen Entlastungen zu kommen, energisch weitergeführt werden;
 2. die Reichsreform und die Verwaltungsreform nunmehr un verzögert mit dem Ziele einer Vereinfachung und weitgehenden Verbilligung in Reich, Ländern, Gemeinden sowie sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und in der Sozialversicherung in Angriff genommen und durchgeführt werden;
 3. die Reichsregierung un nachsichtlich auf Grund der geschaffenen gesetzlichen Handhaben die geflohenen Kapitalien zur Rückkehr zwingt, und daß die Möglichkeiten, die die Verordnung über die Kapital- und Steuerflucht bietet, voll ausgenutzt werden;
 4. die meist völlig unmotivierten Abhebungen bei den Geldinstituten aufhören, und die abgehobenen Beträge schleunigst wieder eingezahlt werden;
 5. das deutsche Bankwesen und gleichzeitig auch das Kartellwesen einer schärferen Aufsicht und Kontrolle unterstellt werden, und insbesondere die Leitung der Deutschen Reichsbank von ihren weltgehenden Machtbefugnissen gegenüber den Banken den entschiedensten Gebrauch macht;
 6. alsbald die längst notwendige Reform des Aktienrechts vorgenommen wird;
 7. die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgeesehenen Wirtschaftskörper gebildet, und insbesondere die bestehenden Wirtschaftsstämmen paritätisch zusammengesetzt werden;
 8. die drückendsten sozialen Bestimmungen der Notverordnung so baldmöglichst geändert werden, und daß allen sozial-reaktionären Bestrebungen auch staatlicherseits entgegengetreten wird;
 9. in dieser Notzeit alle gesetzlichen Handhaben benutzt werden, um die Ruhe und Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten, und daß gegen Heher und Ruhestörer — gleichgültig wo sie stehen — auf Grund der Gesetze und Verordnungen schärfstens vorgegangen wird.
- Diese erneut über das deutsche Volk heringebrochene Not wird und kann nur dann überwunden werden, wenn das Parteigegäng zurückgestellt wird, und alle Stände und Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zusammenstehen und gemeinsam Hand ans Werk legen.

Wirtschaftskrise und Unternehmertaktik

Wie wir aus den Berichten unserer Verbandszeitung entnehmen, haben unsere Arbeitgeberverbände, mit Ausnahme des Deutschen Buchdrucker-Vereins, die im Februar 1931 getätigten Reichslohnabkommen zum erstzulässigen Termin gekündigt. Man muß annehmen, daß dieser Schritt von der Idee beherrscht wird, der Arbeiterschaft noch weitere Belastungen in der gegenwärtigen Notzeit zumuten zu können. Diese Taktik können wir deshalb nicht verstehen, weil die Lebenshaltung des Arbeiters keine Verdienstmäßigung mehr ertragen kann und im übrigen durch die stark vorherrschende Kurzarbeit das Arbeitereinkommen bereits einen solchen Tiefstand erreicht hat, daß auch die Unternehmerverbände einsehen müßten, den in der Produktion noch tätigen Kräften keine weitere Belastung mehr zumuten zu können.

Ist doch bereits die zentrale Lohnsenkung im Februar, verbunden mit Kürzung von Leistungszulagen und Akkordpreiserhöhungen mit größter Erbitterung hingenommen worden. Aber alles hat seine Grenzen. Die Unternehmer müssen sich klar werden, daß etwaige Forderungen auf weitere Lohnsenkungen die Arbeiterschaft zur Verzweiflung treiben muß. Außerdem steht fest, daß die letzte Lohnsenkung den Arbeitgebern vielfach keinerlei Nutzen brachte, sondern im Gegenteil dazu führte, daß lediglich die Auftraggeber Nutzen zogen und die Schuldert Konkurrenz genährt wurde.

Gegen erneute unsoziale Unternehmerforderungen wird sich die organisierte Arbeiterschaft mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen. In diesem Zusammenhang sei auch betont, daß die vom ADP (Allgemeiner Arbeitgeberverband der deutschen Papierverarbeitung) betriebene Heße gegen die Reichstarife geeignet ist, die Spannung zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft ins Unermessliche zu steigern. Dabei sei hervorgehoben, daß der Syndikus dieser Organisation, Herr Dr. Coepper durch besondere Ausführungen in Fachzeitschriften der Papierverarbeitung sogar den Mut aufbringt, den Gewerkschaften zuzumuten, selbst mit dazu beitragen zu wollen, daß die Reichstarife zerschlagen werden. Wird doch von ihm die zentrale berufliche Tariforientierung und die örtliche bzw. bezirkliche Regelung in Form von Sonderverträgen angegriffen. Anpassung an das örtliche bzw. bezirkliche Tarifniveau nennt er das; aber lediglich die schlecht bezahltesten und schwach organisierten Berufe sollen dabei als Gradmesser dienen. Wir danken für derartige Empfehlungen und heben hervor, daß die bis jetzt zutage getretenen Sondertarife in der Papierverarbeitung nur mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen möglich waren.

Unsoziale und reaktionäre Handlungen der Unternehmer müssen wir trotz der Notzeit entschieden abwehren. Der Erfolg der Abwehr ist von vornherein verbürgt, wenn Unorganisierte einsehen, daß ihr Beifestehen nur der Reaktion Förderdienste zu verleihen

vermag. Jedes Mitglied ist verpflichtet, den organisatorischen Zusammenschluß zu stärken durch unermüdete Werbetätigkeit für unsere Organisation, den Graphischen Zentralverband. Rüstet zur Abwehr und fordert nicht nur Rückgrat von den Unterhändlern bei den Tarifverhandlungen, sondern trage jeder dazu bei, die Organisationskraft bis zum höchsten Ausmaß zu steigern, um dem Unternehmertum beweisen zu können, daß der Arbeiter auch in der Krise in der Lage ist, der Reaktion Schranken zu setzen.

Die Ansicht des Professors Dr. Schreiber von der Technischen Hochschule in Aachen, wonach man dem Arbeiter alle Unbill zum Vorteil der Geistesarbeiter zumuten kann, spukt ja zur Zeit bereits in manchem Unternehmern und es ist somit höchste Zeit, durch den organisierten gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiterschaft die Achtung zu verschaffen, die ihr gebührt.

Die im Bezirk Nordwest unseres Verbandes durchgeführte Werbeaktion hat gezeigt, daß die unorganisierten Kollegen wohl wissen, um was es geht. Konnte doch eine solche Anzahl neuer Mitglieder gewonnen werden. Die Unternehmer agieren mit ihrer reaktionären Einstellung ebenfalls für uns. Klären wir auch andererseits die Unorganisierten auf, damit sie den Weg finden, der ihnen einzig und allein die Möglichkeit gibt, die übersteigerten Wünsche der Unternehmer abzuschlagen, zum Graphischen Zentralverband.

Wie ist nun tatsächlich die Lage in unseren Berufen? Zugegeben, daß die Folgen der vorhandenen Krise auch nicht ganz spurlos an manchen Betrieben vorbeigegangen ist. Aber so schwarz, wie die Unternehmer die Lage malen, ist sie nicht. Ist doch vielfach festzustellen, daß so mancher Unternehmer seine gewohnten Ferien in luxuriösen Bädern des In- und Auslandes verlebt. Außerdem ist es ungerecht, sogenannte Fehlinvestitionen auf Kosten der Arbeiterschaft austragen zu lassen. Die Rationalisierung und das damit verbundene Antriebsystem hat eine derartige Produktionssteigerung gebracht, daß sich der Unternehmerngewinn heute vielfach günstiger auswirkt, wie in früheren, normalen Zeiten. Man spricht so gerne von einer Lockerung des Tarifrechts und in Wirklichkeit will man nichts geringeres, als den Arbeiterstand wieder vollständig unter die Kante des Unternehmers bringen. Unseren Unterhändlern können wir das bestimmte Versprechen geben, daß wir in der Abwehr weiterer Verschlechterungen hinter ihnen stehen. Hat man uns doch durch die Notverordnungen des Staates bereits Unerträgliches zugemutet. Das Maß ist voll. Wir sind bereits auf Beugen oder Brechen eingestellt und erwarten, daß sich die Unternehmer ohne jegliche Änderung zur Verlängerung der Verträge bereit finden. Man möge sich anderweitig umsehen, wo gespart werden kann.

Gleichzeitig heben wir hervor, daß eine schematische Arbeitszeitverkürzung ohne jeglichen Lohnausgleich und Einstellungsstopp keine Milderung des Arbeitslosenproblems bringen kann, weil die Idee durch Maschinen Menschen zu sparen, bereits trankhaft um sich gegriffen hat.

Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Freiwilliger Arbeitsdienst. Die letzte Notverordnung hat den vielen Paragraphen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung noch einen neuen Paragraphen 139a hinzugefügt. Es wird darin der Reichsanstalt die Pflicht auferlegt, den freiwilligen Arbeitsdienst zu fördern. Das Reichsarbeitsministerium als Aufsichtsbehörde hat nunmehr eine Verordnung und Durchführungbestimmungen über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes veröffentlicht.

Inhalt und Zweck der Verordnung wird schon in dem neuen Paragraphen des Arbeitsvermittlungsgesetzes festgelegt, in dem es weiter heißt, daß die Reichsanstalt für den freiwilligen Arbeitsdienst Mittel der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge insoweit einsehen darf, als es mit Rücksicht auf die Beteiligung unterstützter Arbeitsloser angemessen ist. Gefördert werden dürfen nur gemeinnützige, zusätzliche Arbeiten, die ohne die Förderung auch nicht im Wege der Notstandsarbeiten bereitgestellt werden können. Kernstück der Verordnung ist Artikel I, in dem zwischen Arbeitsamt und Arbeitsdienstwilligen die Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes geschaffen werden. Das Arbeitsamt kann für Empfänger versicherungsmäßiger Arbeitslosenunterstützung oder Krisenunterstützung, die mit seiner Zustimmung als Arbeitsdienstwillige beschäftigt werden, die Unterstützung auf einseitlich höchstens 2 RM. pro

Wochentag für eine Dauer von höchstens 20 Wochen festsetzen, auch wenn hierdurch von den sonst geltenden Bestimmungen über Höhe und Dauer der Unterstützung abgemichen wird. Soweit der Reichsarbeitsminister besondere Mittel zur Verfügung stellt, kann die Reichsanstalt die 2 RM. täglich für höchstens 50 Wochen auch für solche Arbeitsdienstwillige gewähren, die nur deshalb keine Unterstützung erhalten, weil sie die Voraussetzungen des Gesetzes nicht erfüllen, oder das vorgeschriebene Alter für die Krisenunterstützung noch nicht erreicht haben. Der Satz von 2 RM. liegt etwas höher als die Arbeitslosenunterstützung eines jugendlichen Erwerbslosen. Es soll darin ein Anreiz für den Arbeitsdienst liegen. Aber gerade die Geringfügigkeit dieses Anreizes ist beste Gewähr, daß es sich nur um freiwilligen Arbeitsdienst handeln wird. So hat die schwierige Finanzlage auch ihr Gutes. Sie verhütet, daß zu große Aufgaben, die im Augenblick nicht bewältigt und in ihrer Auswirkung auch nicht übersehen werden können, in Angriff genommen werden.

Ein besonderer Anreiz beschäftigt sich mit der Gefahr eines Mißbrauches des freiwilligen Arbeitsdienstes für politische oder staatsfeindliche Zwecke. Es versteht sich eigentlich von selbst, daß eine Förderung aus öffentlichen Mitteln nur dann zulässig ist, wenn eine solche Gefahr nicht besteht.

Die Kranken- und Unfallversicherung, die Bestimmungen des Jugend- und Frauenschutzes werden im wesentlichen wie bei einer gleichartigen anderen Arbeit

Fremdwörter in der Finanzkrisis

In den Erörterungen der finanztechnischen und wirtschaftlichen Vorgänge der letzten Wochen spielen fremdsprachliche Fachausdrücke eine große Rolle. Um Verwirrungen und Mißverständnisse zu verhüten, folgt eine kurze Erläuterung einiger der wichtigsten Ausdrücke.

Die Währung ist gesichert, wenn die umlaufenden Banknoten „gedeckt“ sind. Die Deckung der Reichsbanknoten besteht zu einem gewissen Prozentsatz in Gold und Devisen. „Devisen“ sind Guthaben, Zahlungsanweisungen (Banknoten oder Wechsel) in fremder Währung. Der nicht durch Gold gedeckte Teil der umlaufenden Banknoten ist durch „Diskonten“ gedeckt. Das sind erstklassige Handelswechsel, die von 3 zahlungsfähigen Firmen unterschrieben sein müssen, und von der Reichsbank dann diskontiert werden. Diese Deckung ist also an sich auch nicht schlechter als Gold- und Devisendeckung. Das Verhältnis im Wert zweier Währungen heißt „Parität“, z. B. 1 Dollar = 4,20 RM. Steigt nun eine dieser Währungen über den Paritätstand, so hat sie ein „agio“ oder Aufgeld. Umgekehrt spricht man vom „Disagio“. Im Wertpapierhandel an den Börsen gelten dieselben Beziehungen. Der Handel in Wertpapieren und Devisen ist für das Auslandsgeschäft in gewissem Umfang notwendig. Man kennt hier den Kassahandel, wobei das Wertpapier bar bezahlt wird, und den Termin-Verkehr. Hier werden die Abschlüsse für einen späteren Zeitpunkt getätigt. Es ist also nur ein Scheingehäft, wobei in der Regel jeder Teil auf ein späteres Mehrgegnen rechnet. Dieser Gewinn ist möglich, wenn die Wertpapiere, Aktien oder Devisen bis zum Fälligkeitstagen ihren Wert ändern; wenn also der „Kurs“ steigt oder fällt. Diese Spekulation auf künftige Entwertung der Währung, der Terminverkehr in Devisen, ist glücklicherweise durch die Notverordnung verboten.

Banken und Sparkassen nehmen Gelder gegen Verzinsung an. Sie lassen aber natürlich diese Beträge nicht einfach im Kasten liegen, sondern legen sie nützlich in an Hypotheken, werthaltenden Anlagen, Darlehen an

Unternehmungen u. dgl. Es kann also auch nicht alles einbezahlt Geld auf einmal zurückgezahlt werden.

Die Erklärterung des Kreditgebüdes erfolgte nun durch einen „Run“. Ein Run ist da, wenn zu gleicher Zeit eine unverhältnismäßig große Zahl an Gläubigern ihre Guthaben von Banken und Sparkassen zurückfordern. So viele bare Zahlungsmittel kann natürlich kein Geldinstitut vorrätig liegen haben. Der Run muß also zur zeitweiligen Schließung der Kassen führen.

In der Zwischenzeit wird die bestürzte Kasse sich wieder „liquide“ zu machen versuchen. Unter „Liquidität“ versteht man die Fähigkeit, bestehende Verpflichtungen durch flüssiges, sofort greifbares Bargeld oder sofort in Bargeld umzumandende Vermögensanlagen abzugelten. Ein Geldinstitut, das Rückforderungen von Guthaben nicht mehr in bar auszahlen kann, ist „illiquide“. — Die Sparkasse wird also durch einen Run genötigt, entweder Kredit in Anspruch zu nehmen — wir erklären den Begriff weiter unten — oder ihre ausstehenden Forderungen flüssig zu machen. Sie wird also Hypotheken künftigen, die Darlehen aus Bauunternehmungen, Betrieben und Gemeinden zurückziehen müssen. Das kann dann zur „Insolvenz“ oder Zahlungsunfähigkeit der betreffenden Unternehmungen führen. Diese Zahlungsunfähigkeit zieht den „Konkurs“ nach sich, wenn kein Zahlungsausschub erfolgt. Beim Konkurs wird nach ganz bestimmten gesetzlichen Vorschriften das vorhandene Vermögen (die Konkursmasse) unter die Gläubiger aufgeteilt und das Unternehmen aufgelöst. Wenn dieser Vorgang in freier Vereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner vor sich geht, so nennt man das „Liquidation“. Wenn die Zahlungsunfähigkeit vorübergehend ist, d. h., wenn die vorhandenen Werte und Außenstände die Gegenforderungen decken, nur augenblicklich keine flüssigen Barmittel aufzutreiben sind, dann kann der Zusammenbruch durch ein „Moratorium“ vermieden werden. Ein Moratorium ist also ein befristeter Zahlungsausschub.

Beim privaten Moratorium liegt eine Vereinbarung vor. Beim gesetzlichen Moratorium bestimmt der Staat, ob alle Schuldzahlungen oder die

für bestimmte Schuldarten (Teilmoratorium) auf eine festgelegte Zeit aufgeschoben werden. Das Auslandsmoratorium ist ferner gemäß ein gesetzlicher Ausschub der Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Währung.

„Kredit“ gibt es in verschiedenen Formen. Der Kreditgeber stellt dem Kreditnehmer Geld zur Verfügung, in der Höhe, wie er ihm kreditwürdig erscheint. Ein Kontokorrent-Kredit entsteht, wenn ein Guthaben bei der Bank zur Verfügung gestellt wird. (Buch-kredit.) Dieser Kredit ist „gedeckt“, wenn der Kreditgeber Pfänder, z. B. Wertpapiere, Grundstücksbesetzungen, Waren erhält. Er ist „ungedeckt“, wenn er nur in persönlichem Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit des Schuldners ohne Pfand gegeben wird (sogenannte Personal- oder Bankkredite).

Diskont-Kredit entsteht, wenn die Bank Wechsel antauft. Der Zinssatz, der bis zum Fälligkeitstages des Wechsels in Abzug gebracht wird, heißt „Diskontsatz“. Die Reichsbank gibt ihren Kredit in der Hauptsache auf erstklassige Handelswechsel. Der „Reichsbankdiskont“ ist also maßgebend für die Zinshöhe im sonstigen Geldverkehr.

Die Reichsbank gibt auch noch Kredit in der Form, daß sie börsenmäßig gehandelte Wertpapiere beleihet. Man spricht hier vom „ Lombard-Kredit“, beim Zinssatz vom Lombardsatz. Nun kann die Reichsbank die von ihr angekauften, „diskontierten“ Wechsel an ausländische oder andere Banken weiterverkaufen, es entsteht der „Rediskont“.

Das Ein- und Ausfuhrgeschäft wird finanziert durch die sogenannten „Rembours-Kredite“. Sie sind durch die Verbindung mit den Verfallsfristuntrennen („Konossement“) besonders gesichert und bilden ein kompliziertes System von Bankwechseln und Krediten zwischen in- und ausländischen Banken.

Diese kurze Aufzählung zeigt, daß sich hinter diesen Fremdwörtern nichts so sehr Geheimnisvolles verbirgt. Befähigt sind nur oft die Geschäfte, die im Zusammenhang mit den geschützten Beziehungen von spekulativen Elementen gemacht werden. Deshalb ist es gut, wenn die Bankstimmung und das Interesse der Nichtfachleute an finanztechnischen Fachausdrücken bald wieder abebbt.

Aus dem Bezirk „Nordwest“

durchgeführt. Sodann wird die Verpflichtung der Gemeinden zur Gewährung von Unterkunft und Verpflegung gegen angemessene Entschädigung durch den Träger der Arbeit geregelt.

Besonders wichtig sind die Bestimmungen über die Erleichterung der Siedlung der Arbeitsdienstwilligen. Danach kann den Arbeitsdienstwilligen, die während einer Dauer von mindestens 12 Wochen beschäftigt worden sind, auf Antrag ein Betrag von 1,50 RM. für jeden Wochentag der Beschäftigung gutgeschrieben werden. Der gutgeschriebene Betrag muß innerhalb 10 Jahren zum Erwerb einer Siedlung benutzt werden. Die Regelung des Verfahrens bleibt noch vorbehalten.

Rentenbewegung in der Invalidenversicherung. Auch im 1. Vierteljahr 1931 ist die Zahl der Invalidenrenten weiter angestiegen. Sie betrug am 1. Januar 1931 2 162 711 und am 1. April 1931 2 191 914. Die anderen Renten der Invalidenversicherung, wie Krankenrenten, Altersrenten und Witwenrenten sind ebenfalls gestiegen. Es werden von der Invalidenversicherung jetzt 653 507 Witwen- und Witwerrenten ausgezahlt. Die Waisenrenten, und zwar die Waisenkasse und die Renten für einzelne Waisen sind gesunken, die Waisenkasse von rund 447 000 auf rund 428 900, und die Waisenrenten für einzelne Waisen von 648 000 auf 621 000. Die durchschnittliche Bezugsdauer der weggefallenen Waisenrenten beträgt 11 Jahre 3 Monate.

Allgemeine Rundschau

Arbeitslosen- und Kurzarbeiterziffern unseres Verbandes. Im ersten Halbjahr 1931 legte sich die ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes auch für unsere Berufe fort. Gemessen an der allgemeinen Entwicklung und den Statistiken der freien Verbände schneidet unser Verband noch gut ab.

Auf je 100 unserer Mitglieder entfielen:

| | Januar | Februar | März | April | Mai | Juni | Durchschnitt im | |
|----------------------------------|--------|---------|------|-------|------|------|------------------|------------------|
| | | | | | | | 1. Halbjahr 1931 | 2. Halbjahr 1930 |
| Arbeitslose | 10,6 | 10,6 | 10,7 | 10,0 | 9,9 | 11,0 | 10,5 | 9,0 |
| Kurzarbeiter | 14,8 | 16,5 | 13,9 | 19,2 | 18,8 | 18,8 | 17,0 | 14,1 |
| Arbeitslose und Kurzarbeit. zuz. | 25,4 | 27,1 | 24,6 | 29,2 | 28,5 | 29,8 | 27,5 | 23,1 |

Es ist also ein langsames, aber stetiges Ansteigen, besonders der Kurzarbeiterzahlen, festzustellen. Dabei ist interessant, daß die Kurzarbeit bei männlichen und weiblichen Mitgliedern im Durchschnitt ungefähr dieselben Prozentzahlen aufweist. (17,2 Prozent weibliche, 16,8 Prozent männliche Kurzarbeiter.) Dagegen stellen bei den Arbeitslosen die Kollegen einen etwas höheren Durchschnittssatz. (11,2 Prozent arbeitslos weiblich, 9,8 Prozent arbeitslos männlich.) Zweifellos zeigen sich auch hierin die Folgen der ungesunden Behringszählung in unserm überfüllten Beruf.

22. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine. Der 22. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V., Köln, der vom 18. bis 20. Juli in Hannover stattfand, war eine bedeutungsvolle Kundgebung der Verbraucherorganisationen zu den wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Fragen unserer Zeit. Die Hauptreferate setzten sich in hohem sittlichem Ernst auseinander mit der Bedeutung, die die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung für die deutsche Nation hat und den Aufgaben, die sie besonders in der jetzigen Volksnot für den Aufbau einer sozialen deutschen Wirtschaft erfüllt.

Als Auftakt zum Genossenschaftstag veranmaltete die GEGap die Genossenschaften am Samstagmittag im Parkhaus. Das finanzielle Ergebnis der GEGap ist trotz der Krise gut. Ihren Umsatz hat sie gegenüber dem Vorjahre um 2,2 Prozent steigern können. Er belief sich auf 74,1 Millionen RM. Der Anteil der GEGap am Gesamtumsatz der Vereine ist ebenfalls gestiegen, er betrug 37 Prozent. Auch die Eigenproduktionsbetriebe setzten mehr um. Dieser Umsatz stieg um 5,92 Prozent auf 10 Millionen RM. Die Zahl der umgesetzten Eigenpackungen erhöhte sich um 14,5 Prozent auf 34 Millionen Pakete. Der Umsatz der GEGap-Bankabteilung erfuhr ebenfalls eine Steigerung auf 196 Millionen RM. Die Bewegung ist wirtschaftlich und finanziell gesund.

Die Verhandlungen des 22. Genossenschaftstages wurden am Sonntagmorgen vom Reichstagsabgeordneten Peter Schladt, Köln, eröffnet. Er führte zur allgemeinen Wirtschaftslage aus, daß das Freihand gemäß dem Hoover-Plane der Anfang vom Ende der Reparationen sein müsse. Solange die Reparationsfrage den Wirtschafts- und Weltfrieden bedrohe, werde kein wirtschaftlicher Hochstand möglich sein. Der Redner wandte sich dann gegen die ungerechte steuerliche Behandlung der Konsumgenossenschaften, denen man die Abgabenbetriebe unter den deutschen Genossenschaften zuweise. Die Sonderumsatzsteuer sei gewollt eine Er-

Jeder gute Gewerkschafter weiß, wie notwendig zu jeder Zeit die Gewinnung neuer Mitglieder ist. Nur rund 50% der gesamten deutschen Arbeiter gehören den Gewerkschaften an. Wenn aber in der gegenwärtigen schweren Zeit die größten Schäden von der Arbeiterschaft abgehalten, wenn in Zukunft der Aufstiegskampf erfolgreich weitergeführt werden soll, dann ist dies nur möglich durch starke Gewerkschaften. Nur durch verantwortliches und verantwortungsbewusstes Handeln und Wirken wird die deutsche Arbeiterschaft vorwärts kommen, nicht durch Phrasendrescherei und Wortschwamm sogenannter „Auch-Arbeiter-Führer“. Stärkung der Gewerkschaften, für uns Stärkung unseres Graphischen Zentralverbandes, muß heute mehr denn je Parole sein.

Von diesen Gedanken ausgehend, beschloß unser Bezirksvorstand eine besondere Werbeaktion, die in der Zeit vom 28. Juni bis 12. Juli im gesamten Bezirk Nordwest durchgeführt wurde. In 9 Unterbezirkskonferenzen sollte eine Aussprache über die wichtigsten Fragen beruflicher, tariflicher und allgemein-gewerkschaftlicher Art eine planmäßige Haus- und Betriebsagitation einleiten und vorbereiten. Neu und stärker wollten wir damit die Begeisterung für unsern Verband und unsere Ideen entfachen und neue Mitglieder gewinnen. Der Plan ist durchgeführt. Wir können feststellen, mit Erfolg.

Sonntag, den 28. Juni, fanden Unterbezirksversammlungen statt in Essen, Paderborn, Hagen und Arnsberg. In Essen sprach Kollege Schmitz, M. Gladbach, in Paderborn Kollege Kuner, Köln, in Hagen und Arnsberg Kollege Kembügler, Dortmund. Sonntag, den 5. Juli sprach Kollege Kuner in Münster, Kollege Kembügler in Bielefeld und Hannover. Montag, den 6. Juli in Bremen, und Samstag, den 11. Juli in Dortmund sprach ebenfalls Kollege Kembügler. In allen Konferenzen wurde das Thema behandelt: „Die berufliche und tarifliche Lage der graphischen Arbeiterschaft. — Unsere Aufgaben für die Zukunft.“ Alle Referenten schilderten eingehend die Verhältnisse, wie sie beruflich und tariflich vorliegen. Klar und ungeschminkt wurde gesagt, wie unsere Berufe, hervorgerufen durch die verschiedensten Umstände, hart darniederliegen; wie trüb sich Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bei uns auswirkten. Den Kampf um unsere Tarifpositionen konnten die Referenten an vielen Beispielen zeigen. Man wies auch Wege, die gegangen werden müssen, wenn wir aus dem gegenwärtigen Schlaftrübe wieder heraus wollen. Die Aussprache war überall sehr ergebnisreich. In mehreren Orten wurde in erregtem Ton gesagt, wie man sich den notwendigen Aufstieg aus dem gegenwärtigen Elend denkt. Unsern Arbeitgebern wäre zu wünschen, einmal solche Aussprachen zu hören, sie würden dann sicher weniger kampflustig und siegesbewußt sein.

Einige Forderungen aus den Konferenzen verdienen besondere Beachtung. Die Behebung der Arbeitslosigkeit müßte möglich sein, durch Verteilen der Aufträge auf alle Monate im Jahre. Namentlich in der Buchbinderei und deren Nebenbetrieben ist es doch so, daß von Weihnachten bis Ostern gearbeitet, und die übrige Zeit gefeiert wird. In der kurzen Zeit werden dann alle Aufträge mit Überstunden in einer nervösen Hast herausgeschoben. Dies könnte geändert werden, wenn überall, auch bei den Auftraggebern, der ehrliche Wille vorhanden wäre.

Eine Behebung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung ist nur denkbar, wenn damit der Zwang zur Einstellung von Arbeitslosen für die Arbeitgeber verbunden ist. Ebenso ist bei einer Arbeits-

zeitverkürzung unbedingt ein Lohnausgleich zu fordern. Die noch in Arbeit stehenden Kolleginnen und Kollegen sind bereit, im Interesse unserer Arbeitslosen weitere Opfer zu tragen, wenn an neuen Opfern auch die Arbeitgeber beteiligt sind.

Unbedingte Einschränkung der Lehrlingszahl ist eine weitere zwingende Notwendigkeit. Namentlich das Buchbindergewerbe ist heute stark überpölkert. Hierdurch erwachsen dem Gewerbe selbst große Schwierigkeiten. Dem Bestreben der Arbeitgeber, möglichst viele Gehilfenarbeit von Mädchen herstellen zu lassen, müssen wir uns stärkstens widersetzen. Ferner darf bei der vielfach übersteigerten Rationalisierung in unseren Berufen nicht vergessen werden, daß man den Menschen nicht zur Maschine degradieren kann.

Lohn- und tarifpolitisch wurde besonders scharf die Forderung herausgestellt: Schluß mit altem Lohnabbau. Die Idee, durch Lohnabbau die Wirtschaft anturbeln zu wollen, hat sich als total falsch erwiesen. Das wird auch in alle Zukunft so sein. In unsern Berufen sind neben dem Tariflohnabbau fast überall Angriffe auf das Überarbeitsmaß erfolgt. Hier ist ein weiterer Abbau einfach untragbar. Auch unsere Arbeitgeber haben sehr wohl die Möglichkeit, an anderen Stellen bedeutendes einzusparen. Ist es z. B. notwendig, daß in manchen Betrieben schon auf 5 Arbeiter ein Angestellter entfällt, daß dazu jedes halbe Dutzend Arbeiter durch einen Meister oder Betriebsleiter beaufschlagt wird? Diese Kräfte werden aber selbst dann durchgehalten, wenn der Arbeiterschaft weitgehend Kurzarbeit auferlegt wird. Es ist auch nicht notwendig, dauernd neue, teure Maschinen anzulegen, die nach kurzer Zeit vielfach untätig dastehen. Das allgemeine Auftreten und Leben mancher Arbeitgeber müßte in der jetzigen Zeit ebenfalls etwas anders sein, wenn sie die Behauptungen über ihre große Notlage beweisen wollten.

Ein unbedingtes Festhalten am Reichstarif erfordert unsere größte Kraft. Allen Reichstarifgegnern, mögen sie sagen, wo sie wollen, ist zu sagen, daß unsere Kolleginnen und Kollegen hier nicht mit sich reden lassen. Wir wollen nicht Zerstückelung, sondern weiteren Ausbau unserer Reichstariere. Besonders im Buchbindergewerbe muß im Interesse aller Beteiligten eine Vereinheitlichung erzielt werden.

Allgemein wurde auch Stellung genommen zu sozialpolitischen Fragen. Die letzte Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 5. Juli erfuhr manche berechtigte Kritik. Anmerkt wurde die rege Tätigkeit unseres Gesamtverbandes und des DGB, im Interesse der notleidendsten Bevölkerungsschichten Widerlungen zu erreichen. Es war erfreulich, wie überall das vollste Vertrauen der Mitglieder zu unserm Verband und zur gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck kam.

Abschließend ist festzustellen, daß trotz großer Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit agitatorische Erfolge noch immer möglich sind. Eine erfreulich große Anzahl neuer Mitstreiter können wir für unsern Verband buchen. Aus den Berichten der Ortsgruppen geht hervor, daß auch im ganzen III. Quartal noch gewonnen wird. So muß es sein. Die gegenwärtige Zeit erfordert ganze, überzeugte christliche Gewerkschafter. Sie erfordert Menschen, die in unentwegter Treue zu ihrer Organisation und deren Führer stehen, und trotz aller Not das Wichtigste nicht aus dem Auge verlieren. Es muß einmal eine bessere Zeit kommen, und diese muß uns gerüstet finden. Für uns muß gelten: „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten.“

drofflungssteuer. Die Genossenschaften fordern, nicht schlechter behandelt zu werden als der Privathandel, und fordern vor allem Steuerfreiheit für die Warenumschlagung gleich dem Rabatt des privaten Handels. Die Konsumgenossenschaftsbewegung sei keine Klassen-, sondern eine Volksbewegung. Sie wolle den Gemeinschaftsgedanken in das Wirtschaftsleben hineinbringen, und die breiten Verbraucherschichten als mitbestimmenden Faktor in das Volks- und Wirtschaftsleben der Nation einordnen.

Unveritätsprofessor Dr. W. Somholt, Berlin, sprach darauf über „Konsumgenossenschaften und Nation“. Als Niederschlag seiner hochwichtigen Ausführungen fasste die Tagung die folgende Entschliessung:

„Die nationale Aufgabe der deutschen Volkswirtschaft ist die gute, wohlfeile Versorgung des deutschen Volkes mit Bedarfsartikeln. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Konsumgenossenschaften zeichnet sich dadurch aus, daß sie ausschließlich ohne Verfolgung von Profitinteressen im Dienste dieser Aufgabe steht. Die durch das volkswirtschaftlich-rationalisierte System der Konsumgenossenschaften gemachten Ersparnisse ermöglichen Wehrverbrauch und Wehrherstellung, und bedeuten auf die Dauer Wehrung des Volkswohlfandes.“

Die Konsumgenossenschaft ist national aus Wesensgründen. Sie verfolgt keinerlei Interessen, die Staat, Volk oder Nation zum Schaden. Im Gegenteil, sie fördert deutsche Staatsgesinnung im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Nation. Ihre vollstehende bzw. natio-

nale Wesensart zeigt sich deutlich in der Volksgemeinschaft ihres Kapitals, in ihrer Bevorzugung deutscher Ware und in ihrer Förderung des deutschen Rechtsgebantens. Ihre Lauterkeit und Wucherlosigkeit zeigt sie als eine Wirtschaftsform im Interesse der Nation, die in Zeiten der Not (wie Kriegs- und Nachkriegszeit) ganz besondere Beachtung verdient.

Die Konsumgenossenschaft gibt den wirtschaftlich Entwurzelten unseres Volkes durch Mitbesitz und Mitbestimmung den Platz, den ihnen die kapitalistischen Gesellschaftsformen nicht gewähren, der ihnen aber als Glieder der Volksgemeinschaft zusteht. Dadurch, daß die Konsumgenossenschaft den Menschen der minderbemittelten Volksschichten wieder in seine Rechte einsetzt, bringt sie ihn aus der Gegenständigkeit zu den übrigen Volksschichten heraus und verbindet ihn mit dem Gesamtvolke und dem Staate. Die Konsumgenossenschaft wirkt dadurch staatsbehaltend und antirevolutionär.

Das in der Konsumgenossenschaft gepflegte Selbsthilfepnzipal wirkt sich nützlich aus auch für Staat, Volk und Nation. Auch die Publizität und die Ehrlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit und dem Staate, die Erziehung zum Gemeinfinn und zur Mitverantwortung sind von großer nationaler Bedeutung. Der Geist der Gemeinschaft in der Konsumgenossenschaft ist auch die Vorbedingung für gedehliches Zusammenwirken im Staate. Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist keine Klassenbewegung, sondern eine Volksbewegung.

Vom Staate, mit dem sich die Konsumgenossenschaftsbewegung aufs engste verbunden fühlte, erwartet sie volle Gerechtigkeit. Die bisherige Haltung gegenüber den Konsumgenossenschaften ist alles andere als gerecht und entspricht nicht der nationalen Bedeutung, welche die Konsumgenossenschaften haben. Es geht auf die Dauer nicht, daß die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung hinter der anderer Länder zurückbleibt.

Im Verfolg unserer Verantwortung gegenüber der Nation fordern wir, daß die Stellung Deutschlands in der Welt diejenige eines von den fürchtbaren Lasten und Einschränkungen befreiten Volkes wird.

Die Reparationszahlungen haben Deutschland in eine fürchtbare Krise gestürzt, unter der der friedliche Wirtschaftsvorteil der Völker untereinander ebenfalls stark leidet. Dieser für die ganze Welt und besonders für Deutschland untragbare Zustand wird nur dann behoben werden, wenn das durch den Präsidenten Hoover herbeigeführte Feiertag der Reparationszahlungen zu ihrer dauernden Aufhebung führt.

Geschäftsführer Weilmann, Köln, referierte über „Unsere Aufgaben in der Krise des deutschen Volkes“. Klar und deutlich stellte er darin die Berechtigung der alten Forderungen nach konsumorientierter Wirtschaft heraus.

Die bedeutende Tagung zeigte mit aller Deutlichkeit, wie unsere Gewerkschaftsarbeit durch die Konsumgenossenschaften untermauert werden muß, wenn sie nicht Stückwerk bleiben will.

Die alten Telefon-Verzeichnisse. Bis zum Jahre 1918 wurden die Telefonbücher nach Jahresablauf den Telefonabonnenten überlassen. Man konnte sie wegwerfen, verkaufen, oder im „stillen Kabinettchen“ verbrauchen.

Das wurde seit 1919 anders. Was uns das hier angeht? Nun, der Urheber dieser Neuerungen ist kein anderer als — Paul Kersten, der Leiter der Buchbinderei-Behrwerkstätte des Lette-Vereins, dessen Viesseitigkeit sich auch auf diesem nationalökonomischen Gebiet erfindertisch bewährt.

Durch den Mangel an Altpapier war in den Kriegsjahren auch eine Papiernot ausgebrochen. Da kam Paul Kersten 1918 auf den Gedanken, man solle die alten, umfangreichen Telefonbücher als Altpapier benutzen. Kersten ermittelte bei der Berliner Fernsprechstelle, daß die Auflage 200 000 Exemplare betrug, jedes Exemplar wog 1850 Gramm. Das ergab ein Gesamtgewicht von 370 000 Kilo. Ein Zentner Altpapier wurde 1918 mit 15 Mk. bezahlt. Das ergab also 111 000 Mk.

Herr Kersten teilte dieses Ergebnis am 27. Juli 1918 dem damaligen „Oberkommando in den Marken“ mit und empfahl, die alten Telefonbücher einzuziehen zu lassen, um sie als Altpapier zu verwenden.

Am 5. August 1918 bereits (wie schnell Behörden arbeiten können!) erhielt Herr Kersten folgendes Schreiben:

Reichskommission zur Sicherstellung des Papierbedarfs Berlin SW 68
Alexandrinenstr. 119

Herrn P. Kersten, Berlin-Schöneberg.

Ihre unter dem 27. Juli an das „Oberkommando in den Marken“ gerichtete Anregung, betreffend Sammlung von Altpapier, durch den Austausch alter Telefonbücher gegen neue, die uns überwiesen worden ist, wird diesseits entsprechende Verwendung finden.

Unterschrift.

Bei der nächsten Ausgabe neuer Telefonbücher wurden nun die alten bereits eingefordert, womit dem Reich ein ganz stattlicher Gewinn erwuchs! — 1920 hatte das Telefonbuch ein Gewicht von 2000 Gramm, was bei einer Auflage von 240 000 Exemplaren ein Gesamtgewicht von 480 000 Kilo ergab. 1931 aber wiegt das Berliner Telefonbuch 5 Pfund oder 2,5 Kilo bei einer Auflage von 380 000 Exemplaren. Das bedeutet 19 000 Zentner oder 950 000 Kilo! So hat sich Kerstens Gedanke als sehr einträglich für das deutsche Reich erwiesen, allerdings nicht für — ihn! Erfinderdank!

Prof. Dr. Fries.

Aus den Berufen

Unsere Reichstarife

Der Lohnstarif für Buchdruckerhilfen ist zum festgelegten Termin nicht gekündigt worden. Er ist daher bis 30. November 1931 verlängert, und kann am 15. Oktober erstmals gekündigt werden. Damit ist automatisch auch die Verlängerung des Lohnstarifes für das Buchdrucker-Hilfspersonal zum selben Termin ausgeprochen.

Das Lohnabkommen zum Buchdrucker-Buchbindertarif ist ebenfalls nicht gekündigt. Es läuft somit automatisch 3 Monate weiter bis zum 12. November 1931.

Über die in Aussicht stehenden Verhandlungen im Buchbindergewerbe (Api- und VDB-Tarif) und in der Kartonnagenindustrie wird nach Abschluß besonders berichtet.

Aus den Ortsgruppen

Danzig. Die letzten Wochen brachten uns sehr langwierige Lohnverhandlungen im graphischen Gewerbe. Der Lohnstarif für das Danziger Buchdruck- und Zeitungsgewerbe war zum 30. Juni gekündigt. Arbeitgeberseite wurde die Forderung aufgestellt, den Höchstsatz von 72 Gulden Wochenlohn auf 60 Gulden herabzusetzen. Alle übrigen Löhne für die Gehilfen und Hilfsarbeiter sollten in der gleichen prozentualen Weise gekürzt werden. Am 20. Juni fand eine Sitzung des Obertarifamtes statt, in der von einem unparteiischen Vorsitzenden ein Vergleichsvorschlag mit einer Lohnreduzierung auf 65 resp. 62,50 Gulden gebracht wurde, der jedoch arbeitnehmerseits abgelehnt wurde. Die Verhandlungen wurden vertagt und fanden dann am 29. Juni vor der Schlichterkammer statt, in der nachstehender Schiedspruch — nach 7 1/2stündigen Verhandlungen — gefällt wurde:

„Der Wochenlohn der Gehilfen in der Klasse C wird vom 4. Juli 1931 auf 66,25 Gulden und vom 15. August 1931 auf auf 64 Gulden festgesetzt.

Dieser Lohn soll mit Rücksicht darauf, daß der Manteltarif am 31. Oktober 1931 abläuft, bis einschließlich zu der am 30. Oktober 1931 ablaufenden Lohnwoche Geltung haben.“

Der Schiedspruch bringt für Gehilfen und das Hilspersonal einen Lohnabbau von 8% ab 4. Juli. Unter dem 8. Juli d. J. hat der Senat der Freien Stadt Danzig den Schiedspruch für allgemeinverbindlich erklärt. In Anbetracht der Lage wurde der Schiedspruch arbeitnehmerseits wohl abgelehnt, Kampfmaßnahmen jedoch nicht beschlossen. Über den vorgeschlagenen Abbau besteht bei der Kollegenschaft berechtigte Empörung. Das kam denn auch in unserer Mitgliederversammlung, die kurz nach den Verhandlungen stattfand, klar zum Ausdruck.

Für unsere Mitglieder besteht künftighin nur eine Möglichkeit: Den Verband nach innen und außen so zu stärken, daß bei Wendung der Verhältnisse die Scharte, die uns jetzt geschlagen wurde, wieder ausgeweht werden kann. Darum Kolleginnen und Kollegen: hinein in den Graphischen Zentralverband!

Stah. Im Verein mit den Kollegen des Gutenberg-Bundes unternahmen wir am 5. Juli bei lauchendem Sonnenschein und vorzüglicher Stimmung einen Autoausflug. Um 8 Uhr früh wurden die beiden Autos bestiegen, die uns in 1/2stündiger prächtiger Fahrt über Berg und Tal nach dem Städtchen Reichenstein brachte. Von da begann eine wunderbare Fußwanderung nach der idyllisch gelegenen Waldschänke „Zum Schlachtenal“. Nach einer kleinen Stärkung bestieg man sonach den Kreuzberg und verweilte in der Kapelle zu kurzer Andacht. Von hier aus genoss man einen wunderbaren Ausblick auf das Reichensteiner Gebirge und den Frankenstein Kreis. In der Waldschänke wieder angelangt, wurde bis zur Mittagspause noch ein kleines Ländchen rasiert, worauf das Mittagsbrot um so besser mundete. Gegen 2 Uhr wurde die Weiterwanderung nach dem herrlichen Weinhäus „Zur Gude“ angetreten. Nachdem man sich an dem wunderbaren Ausblick geweidet, verging die Zeit bei angeregter Unterhaltung und einem Ländchen. Gegen 1/5 Uhr wurde uns durch das Erscheinen des „Graf Zeppelin“ noch eine besondere Freude zuteil. Wir konnten den Luftriesen, der sich auf der Fahrt nach Oberschlesien befand, aus allernächster Nähe beobachten. Alles jubelte ihm froh bewegt zu. Allmählich aber schlug die Abschiedsstunde und man langte in kurzer Zeit wieder in Reichenstein an, um noch einen kleinen Rundgang durch das Städtchen zu unternehmen. Um 8 Uhr brachten uns unsere Autos nach unserem Ausgangspunkt wieder zurück, wobei wir bei der Rückfahrt nochmals Gelegenheit hatten, das stolze Luftschiff zu beobachten. Allen Teilnehmern wird dieser so harmonisch verlaufene Ausflug in steter Erinnerung bleiben, und man ging auseinander in dem Bewußtsein, wieder einmal recht tolle-giale Stunden miteinander verlebt zu haben. H.

Reveler. In einer gut besuchten Versammlung am 9. Juli brachte der Vorsitzende zunächst die Allgemeinverbindlichkeit des Api-Tarifes zur Kenntnis. In der Aussprache wurde manche bedenkliche Stimme laut, die im Hinblick auf die verkaufte Fassung der Allgemeinverbindlichkeit zu äußerster Wachsamkeit und Vorsicht mahnte.

Der hierauf befaßtegegebene Abschluß der Zentralfasse vom 1. Vierteljahr, sowie der Beschluß des Zentralvorstandes, die ausgekauften Arbeitslosen vom Anerkennungsbetrag zu entbinden, führte zu einer sehr beachtlichen Aussprache. Die Versammlung war der Ansicht, daß es wohl besser gewesen wäre, einen kleinen Beitrag, — und wären es nur 5 Pf. wöchentlich — beizubehalten. Damit wäre eine wirkliche Verbundenheit mit dem Verbands garantiert und von den Mitgliedern nichts Unmögliches verlangt. Die Abrechnung vom 1. Quartal weist einen für die Zeitverhältnisse günstigen Abschluß auf. Es wurde aber darauf hingewiesen, daß für die Krankenunterstützung ein verhältnismäßig hoher Betrag notwendig war. Im 4. Vierteljahr

1930 waren 11 1/2% der Beitragseinnahmen für Krankenunterstützung benötigt worden, im 1. Vierteljahr 1931 dagegen 19 1/2%. Die Versammlung glaubte darauf hinweisen zu müssen, daß die Vergleichsziffern unleret Ortsgruppe wesentlich andere sind. Im ganzen Jahre 1930 wurden hier 2 732 RM. für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben = 42% der Einnahmen, für Krankenunterstützung 741 RM. = 11,6%. Im ersten Vierteljahr waren es 12,4% der Einnahmen, die für Krankenunterstützung verbraucht werden mußten. Allgemein wurde betont, unser Bestreben müsse darauf gerichtet sein, die finanzielle Kampfkraft des Verbandes zu stärken und die Unterstützung der Arbeitslosen zu sichern und auszubauen. Falls dies auf Kosten der Krankenunterstützung geschehen.

Die sehr gut verlaufene, lehrreiche Versammlung stärkte in den Anwesenden den Entschluß zu operativer Mitarbeit an unserm Graphischen Zentralverband.

Literatur-Eingänge, Besprechungen

Tabellen für jedermann, von Arthur Wagner. Mit vielen Beispielen, Zeichnungen und Lösungen. 36. bis 50. Tausend (4., vermehrte und verbesserte Auflage). Umfang 88 Seiten. Haltbar broschiert. Taschenformat. Preis 1,— RM. und 15 Pf. Porto. Verlag Gebrüder Sändig, Hannover. (Postfachkonto 1650 Hannover.)

Ein praktisches Tabellenbuch mit einer Unmenge von Angaben, Zusammenstellungen, Statistiken, Tabellen für das tägliche Leben, z. B. die verschiedenen Rechenarten, Multiplikations-, Divisions-, Renten-, Amortisationstabellen, Gerichtsgeldern, Rechenfehler, Steuern u. v. a. Auf 88 Seiten ist dies übersichtlich und anschaulich zusammengestellt.

A. Demaske. Die Arbeitslosigkeit und ihre Überwindung. Verlag Reimar Hobbing, Berlin. 80 Seiten. Preis 2 RM.

Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit müssen alle Mittel angewandt werden. Jeder weiß, es muß etwas Durchgreifendes geschehen. Der Führer der deutschen Bodenreform setzt in dieser Schrift Wege, die sehr beachtlich sind. Bedauerlich ist, daß er in dem Kapitel über Boden- und Steuerrecht, Ausführungen ohne ausreichenden Kommentar bringt. Es heißt daher die Schrift, daß solche Rückschlüsse auf die Einkommensverhältnisse gezogen werden. Im Übrigen ist die Schrift sehr interessant und lesenswert.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Abrechnungen fanden ein bis zum 25. Juli 1931: Bonn, Düren, K. A. u. H. Rhein, Kreuznach, Mainz, Reimold, Erler, Dulsburg, Wals, Gütersloh, Hamm, Weischede, Paderborn, Wiedenbrück, Kaufbeuren, Kürnberg, Würzburg, Konstanz, Krumbach, Forstheim, Birmaisen, Kettwill, Friedrichshafen, Diersdorf, Frankenstein, Neurode, Neuland.

Geldbes. fanden ein bis zum 25. Juli 1931: Bieren, Friedrichshafen, Frankenstein, Weischede, Diersdorf, Kettwill, Reimold, Krumbach, Dulsburg, Konstanz, Mainz, Wünden, Düren, Paderborn, Essen, Wald, Wiedenbrück, Kaufbeuren, Schopf, Bonn, Kammheim, Weselau, Birmaisen, Kirschweiler, Dellburg, Donauwörth, Kürnberg, Forstheim, Neurode, Kelpitz, Neuland, Münster, Köln.

Es freuen sich die Fälle, daß Unterhaltungsansprüche geltend gemacht werden, in denen die festgesetzten Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Dies trifft besonders auf die Invalidenunterstützung zu. Jede Invalidenunterstützung bringt eine Dauerbeziehung. Es muß also im Interesse der übrigen Mitglieder, sowie im Interesse der Erhaltung der finanziellen Voraussetzungen die ausserordentliche Erfüllung der festgesetzten Voraussetzungen in jedem Falle verlangt werden. Andere Wünsche können selber nicht erfüllt werden.

Statistikkarten nicht vergessen. Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 32. Wochenbeitrag fällig.

Anzeigen

Unserer lieben Kollegin
Josephine Schwippert
nebst Bräutigam zur Vermählung herzlich Glückwünsche
Ortsgruppe Düsseldorf.

Unserem lieben Kollegen
Anton Geiger
nebst Braut die herzlichsten Glück- und Segenswünsche
Ortsgruppe Weischede.

Unserer lieben Kollegin
Elise Bohnen
nebst ihrem lieben Bräutigam die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung.
Ortsgruppe M.-Gl. adbach.

Unserem lieben Kollegen
Konrad Freise
nebst Braut zur Vermählung unsere besten Wünsche
Ortsgruppe Paderborn.

Unserer lieben Kollegin
Käthe Kamphausen
nebst Bräutigam zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Ortsgruppe Rheindt.